

# Der Ausschuss der Regionen

Otto Schmuck

Vom 15. bis 17. Februar 2006 trat der Ausschuss der Regionen zu seiner konstituierenden Sitzung der 4. Mandatsperiode in Brüssel zusammen. Die politische Zusammensetzung zeigt ein sehr großes Gewicht der beiden beinahe gleichstarken großen Fraktionen von SPE (119 Mitglieder) und EVP (117 Mitglieder). Daneben gründeten sich die Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE; 49 Mitglieder) und die „Europäische Allianz“ (UEN-AE; 16 Mitglieder), die sich für ein „Europa der Nationen“ einsetzt. 12 Mitglieder gehören keiner Fraktion an.

Die gegenwärtig 317 ordentlichen Mitglieder aus den 25 EU-Staaten wählten entsprechend einer Absprache der beiden großen Fraktionen SPE und EVP Michel Delebarre (SPE/F), Bürgermeister von Dünkirchen und Mitglied der französischen Nationalversammlung, zum Präsidenten. Erster Vizepräsident wurde Luc Van den Brande (EVP/BE), der ehemalige Ministerpräsident Flanderns. Es wurde verabredet, dass sich die beiden Politiker in der Hälfte der Mandatsperiode, d. h. im Februar 2008, in ihren Ämtern jeweils ablösen.

Der AdR setzte sechs Fachkommissionen ein:<sup>1</sup>

- Fachkommission für konstitutionelle Fragen, Regieren in Europa und für den Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts (CONST);
- Fachkommission für Kohäsionspolitik (COTER);
- Fachkommission für Kultur, Bildung und Forschung (EDUC);
- Fachkommission für Wirtschaft und Sozialpolitik (ECOS);
- Fachkommission für Außenbeziehungen und dezentralisierte Zusammenarbeit (RELEX);
- Fachkommission für nachhaltige Entwicklung (DEVE).

Hinzu kommt eine weitere ständige Arbeitsgruppe des Präsidiums für Finanz- und Verwaltungsangelegenheiten.

In seiner ersten Sitzung der neuen Mandatsperiode wurde eine EntschlieÙung zu den politischen Zielen des AdR für den Zeitraum 2006 bis 2008 angenommen, die von den vier Fraktionen des Ausschusses gemeinsam erarbeitet worden war. Darin werden drei übergeordnete Ziele der Arbeit genannt:<sup>2</sup>

- Die Förderung eines politischen und bürgernahen Europas: Nötig sei eine ständige Debatte über die Zukunft der Europäischen Union. Die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften müssten in die Ausarbeitung der gemeinschaftlichen Rechtsvorschriften besser als bisher einbezogen werden.
- Stärkung der territorialen Solidarität innerhalb der EU: Der AdR vertrat die Auffassung, dass die vom Europäischen Rat beschlossene Finanzielle Vorausschau für den

---

1 Siehe zu den Arbeitsstrukturen und Aktivitäten des AdR die neu gestaltete Homepage: <http://www.cor.europa.eu/de>; die Ausrichtung der Fachkommissionen wurde beschlossen in der Präsidiumssitzung des AdR vom 16.2. 2006; siehe [http://www.cor.europa.eu/document/presentation/r\\_cdr385-2005\\_pt5\\_fin\\_nb\\_de.pdf](http://www.cor.europa.eu/document/presentation/r_cdr385-2005_pt5_fin_nb_de.pdf).

2 Quelle: [http://www.cor.europa.eu/document/presentation/cdr11-2006\\_fin\\_res\\_de.pdf](http://www.cor.europa.eu/document/presentation/cdr11-2006_fin_res_de.pdf).

Zeitraum 2007 bis 2013 deutlich unter dem liege, was erforderlich sei. In besonderer Weise setzt sich der AdR für eine stärker dezentralisierte Umsetzung der Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung ein.

- Konsolidierung der politischen und institutionellen Rolle des AdR: Die Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament, der Kommission und dem Rat soll intensiviert werden. Zur Stärkung des Einflusses des AdR soll in besserem Maße für die Weiterverfolgung von Stellungnahmen gesorgt werden. Die Stellungnahmen des AdR sollen prägnanter formuliert werden.

### **Bilanz der Sachpolitiken**

Im Berichtszeitraum 2005/2006 fanden insgesamt 5 Plenarsitzungen des AdR statt.<sup>3</sup> In diesen Sitzungen wurden in zahlreichen Stellungnahmen die für die Regionen und Kommunen relevanten Aktivitäten der Kommission bewertet und in Initiativstimmungen eigene Akzente gesetzt. Besondere Aufmerksamkeit kam dabei den folgenden Themen zu: Subsidiaritätskontrolle, Ausrichtung der EU-Strukturpolitik im Zeitraum 2007 bis 2013, Ausgestaltung der Lissabon-Strategie, Umweltschutz und Zukunft der EU.

Entsprechend dem Selbstverständnis des AdR als „Subsidiaritätsgewissen“ wurde der Anwendung und Kontrolle der Grundsätze von Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Hierzu beschloss der AdR am 16./17. November 2005 eine Initiativstimmnahme des damaligen AdR-Präsidenten Peter Straub (EVP/DE)<sup>4</sup>. Darin wird die Auffassung vertreten, die im Verfassungsvertrag enthaltenen demokratischen Schutzmechanismen zur Überwachung der Einhaltung dieser beiden Prinzipien könnten einen entscheidenden Beitrag dazu leisten, dass die Bürger wieder Vertrauen in Europa gewinnen. Gemeinsam müsste von den europäischen Institutionen sowie von den nationalen und regionalen Parlamenten „eine echte Subsidiaritätskultur in der Union“ geschaffen werden. Der AdR richtete hierzu ein Online-Netzwerk für die Subsidiaritätskontrolle ein, das es den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften ermöglichen soll, mehr Einfluss auf die EU-Gesetzgebung zu erlangen.

In der Plenarsitzung vom 16./17. November 2005 befasste sich der AdR mit den strategischen Leitlinien für die Kohäsionspolitik für den Zeitraum 2007-2013.<sup>5</sup> Nach seiner Auffassung ist die Kohäsionspolitik vor allem ein Instrument zum Abbau regionaler und lokaler Entwicklungsunterschiede. Mit Blick auf die Finanzinstrumente betonte er, dass der Haushalt den in Lissabon festgelegten Zielen angepasst sein müsse, da andernfalls ein Ungleichgewicht zwischen strategischen Zielen und zur Verfügung stehenden Mitteln entstehe. Die Stellungnahme wurde einstimmig vom AdR angenommen.

In einer weiteren Stellungnahme befasste sich der AdR mit dem Rahmenprogramm Wettbewerbsfähigkeit und Innovation 2007-2013.<sup>6</sup> Darin wurde der allgemeine Ansatz der Kommission für dieses Rahmenprogramm begrüßt. Anstrengungen für eine bessere Koordinierung zwischen den einzelnen EU-Politiken, die Fokussierung auf KMU sowie der Versuch, die bislang existierenden neun Programme zur Wettbewerbsfähigkeit in drei Paketen zu bündeln, wiesen in die richtige Richtung. Allerdings erkenne die Kommission

---

3 6./7. Juli 2005, 12./13. Oktober 2005; 16./17. November 2005; 15.-17. Februar 2006; 26./27. April 2006.

4 ABl. C 115 vom 15. Mai 2006, S. 35-41.

5 Ebenda, S. 1-5.

6 Ebenda, S. 17-19.

die Rolle der dezentralen Gebietskörperschaften nicht ausreichend an und schreibe diesen lediglich eine untergeordnete, ausführende Funktion zu. Gerade in der gegenwärtigen Phase der Unsicherheit über das Schicksal des Europäischen Verfassungsvertrags müssten die Regionen und lokalen Gebietskörperschaften in die Mitverantwortung genommen werden. Dazu sei ein dezentraler, flexibler Politikansatz dringend notwendig.

In Anwesenheit von EP-Präsident Josep Borell (ES/SPE) und dem Vorsitzenden des Konstitutionellen Ausschuss des EP Jo Leinen (D/SPE) beschloss der AdR in seiner Sitzung am 12./13. Oktober 2005 eine Stellungnahme zum Thema „Phase des Nachdenkens: Struktur, Themen und Rahmen für eine Bewertung der Debatte über die Europäische Union“.<sup>7</sup> Darin vertrat er die Auffassung, dass er als institutioneller Vertreter der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften in der EU bei den politischen und institutionellen Initiativen während der von den Staats- und Regierungschefs angekündigten Phase des Nachdenkens eine aktive Rolle übernehmen müsse. Er schlug zu diesem Zweck einen konkreten Fahrplan für die Durchführung einer echten dezentralisierten Debatte vor.

Der AdR zeigte sich bewusst, dass in dieser Phase des Nachdenkens wahrscheinlich zahlreiche unterschiedliche Szenarien erörtert würden, sprach sich jedoch dagegen aus, den Verfassungsvertrag zugunsten des Vertrags von Nizza aufzugeben. Es müsse gelingen, einen auf Konsens beruhenden Ansatz zugunsten einer Ratifizierung bis 2009 zu erreichen.

### **Regionale Vernetzung**

Zunehmend mehr entwickelt sich der AdR zu einer Plattform zur horizontalen Vernetzung von Regionen und Kommunen. Die Vertreter der Gebietskörperschaften nutzen die regelmäßigen Treffen in Brüssel zum Austausch von Erfahrungen und zur Absprache von gemeinsamen Vorhaben. In Zusammenarbeit zwischen AdR und Kommission werden seit einigen Jahren regelmäßig „Open Days“ in Brüssel veranstaltet. Die zahlreichen Veranstaltungen in diesem Rahmen bieten eine besonders günstige Gelegenheit, im Sinne von „best practise“ interessante Projekte vorzustellen. Bei den Open Days vom 10-13 Oktober 2005 waren 106 Büros von Regionen und Städten in Brüssel mit insgesamt 66 Workshops beteiligt. Mehr als 2500 Personen nahmen teil, darunter neben den Brüsseler Experten und Lobbyisten viele regionale und kommunale Vertreter aus den Bereichen Politik, Verwaltung und Wissenschaft, die zum Informationsaustausch anreisten.<sup>8</sup> Auch 2006 fanden vom 9.-12. Oktober zahlreiche Aktivitäten im gleichen Rahmen statt. Hinzuweisen ist auch darauf, dass beim AdR inzwischen zahlreiche interregionale Gruppierungen eingerichtet wurden, die gemeinsame Interessen vertreten und übergreifende Positionen formulieren. Beispielsweise haben sich die Regionen mit Gesetzgebung („RegLeg“) bei der Sitzung am 26./27. April 2006 als eine derartige Gruppierung im AdR etabliert, ebenso bereits zuvor die Großregion Saar/Lor/Lux, Trier/Westpfalz, Wallonie, Deutschsprachige Gemeinschaft.

### **Beziehung zu anderen EU-Institutionen**

Besonders eng und vertrauensvoll ist die Zusammenarbeit des AdR zur Europäischen Kommission. In jeder Plenarsitzung und auch in vielen Sitzungen der Fachkommissionen sind Mitglieder der Kommission anwesend. Kommissionspräsident José Manuel Barroso nutzte mehrfach die Gelegenheit, die Position seiner Behörde vorzustellen. Beispielsweise disku-

---

7 ABl. C 81 vom 4. April 2006; S. 32-36.

8 Quelle: [http://www.cor.europa.eu/de/activities/open\\_days\\_2005.htm](http://www.cor.europa.eu/de/activities/open_days_2005.htm).

tierte Barroso in der Plenarsitzung am 16./17. November 2005 die Grundzüge des Legislativ- und Arbeitsprogramms der Kommission für das Jahr 2006. Besonderer Wert wurde dabei darauf gelegt, dass tatsächlich ein Meinungs austausch zustande kam. Hierzu wurde das Instrument eines „strukturierten Dialogs“ entwickelt. Dabei kamen Vertreter der Fraktionen und der regionalen und kommunalen Verbände in einer festgelegten Reihenfolge zu Wort. Der Kommissionspräsident erhielt Gelegenheit, auf die Wortbeiträge zu reagieren.

Ein gutes Arbeitsverhältnis unterhält der AdR auch zum Europäischen Parlament. Mehrfach wurden Sitzungen des AdR so gelegt, dass sie zeitgleich mit den Mini-Plenarsitzungen des EP in Brüssel statt fanden. Dies gab Gelegenheit zu gemeinsamen Sitzungen der Fraktionen von EP und AdR sowie zur Teilnahme von EP-Mitgliedern an AdR-Plenar- und Fraktionssitzungen. Allerdings ist das EP nach wie vor nicht grundsätzlich bereit, seinen Plenarsaal, wenn es selbst ihn nicht benötigt, dem AdR für seine Sitzungen zur Verfügung zu stellen. Stattdessen wird auf der Grundlage von Einzelfallprüfungen jeweils neu entschieden. Immer wieder wird im AdR diskutiert, den gemeinsamen organisatorischen Unterbau mit dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss aufzulösen, um im organisatorischen Bereich größere Selbständigkeit zu erreichen. Doch haben Kostengesichtspunkte dies bisher verhindert.

### **Perspektiven**

Der AdR hat in den bisherigen zwölf Jahren seines Bestehens vorrangig eine Rolle als Beratungsorgan in der EU-Gesetzgebung wahrgenommen. Er ist inzwischen zu einem geschätzten Gesprächspartner der Kommission in Regionalangelegenheiten geworden. Die Schwerpunktsetzungen und die Ausgestaltung der Verwaltungsvorschriften der Strukturfonds in der Förderperiode nach 2007 gehen nicht unerheblich auf Vorschläge des AdR zurück.

Das Selbstverständnis des AdR ist aber auch darauf gerichtet, ein Sprachrohr der regionalen und lokalen demokratischen Ebene sowie das „Subsidiaritätsgewissen“ der EU zu sein. So wurden im Mai 2004 im Deutschen Bundesrat sowie nachfolgend im November 2005 im britischen House of Lords Konferenzen zum Thema Subsidiaritätskontrolle durchgeführt. Zudem wollen sich die Mitglieder des AdR aktiv an der Diskussion um die Zukunft der EU beteiligen. Auf Grund der Zuständigkeit der Regionen für Bildungs- und Erziehungsfragen in vielen EU-Staaten und der Bürgernähe der von ihnen vertretenen regionalen und lokalen Gebietskörperschaften haben sie hierfür durchaus gute Argumente.

### **Weiterführende Literatur**

Ausschuss der Regionen (Hrsg.): Eine politische Tribüne 1994-2004, Luxemburg 2004.

Hermann-Josef Blanke: Der Ausschuss der Regionen. Normative Ausgestaltung, politische Rolle und verwaltungsorganisatorische Infrastruktur, EZFF Occasional Papers Nr. 25, Tübingen 2002; im Internet über: <http://www.uni-tuebingen.de/ezff3/ocp25.html>.

Thomas Christiansen/Pamela Lintner: The Committee of the Regions after 10 Years: Lessons from the Past and Challenges for the Future, in: Eipascope, No. 1/2005, S. 7-13.

Annegret Eppler: Der Ausschuss der Regionen im Jahr 2004 – zukünftiger Mittelpunkt eines „Netzwerks“ zwischen EU-Institutionen und Regionen? In: Europäisches Zentrum für Föderalismus-Forschung (Hrsg.): Jahrbuch des Föderalismus, Baden-Baden 2005, S. 620-631.

Albrecht Obermüller: Der Ausschuss der Regionen, in: Hans von der Groeben/Jürgen Schwarze (Hrsg.): Kommentar zum Vertrag über die Europäische Union und zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, 6. Aufl. Baden-Baden 2004, S. 901-951.